

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W 57
Wintersfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher Amt Söhren Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Belegpreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Inhalt: Drei Jahre Kriegsraferei. — Die Stellung der Gewerkschaften zur Frauenarbeit. — Aus Politik und Volkswirtschaft. — Aus unserer Bewegung. — Internationale Rundschau. — Rundschau. — Briefkasten. — Totenliste. — Feuilleton: Drei Jahre Weltkrieg.

Drei Jahre Kriegsraferei.

Noch immer tobt der grauenhafteste aller Kriege, ja es scheint fast, als steigere sich bei Beginn des vierten Kriegsjahres noch weiter all das Schreckliche, Dürchbare, Qualvolle, das die Menschheit über sich ergehen lassen muß. Die starke Friedenshoffnung, die mit dem deutschen Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 in unsere Herzen einzog, ist zunichte geworden. England bereite damals die große Frühjahrsoffensive vor und war entschlossen, den Sieg zu erzwingen. Frankreich, Italien und Rußland aber leisteten willige Gefolgschaft. Mag man in den Ententeländern wie bei den wenig verbliebenen Neutralen zumeist die Ueberzeugung von der viel mächtigeren Schuld der Mittelmächte am Kriegsausbruch haben, eines bleibt eben und unwiderruflich in der Welt- und Menschheitsgeschichte: An der Verlängerung des grauamen Leidens ist seit dem Dezember vorigen Jahres die Entente (schuld und verantwortlich!

Und als nun die zweite starke Friedenshoffnung, die russische Revolution, und in Verbindung damit die Stockholmer Friedenskonferenz die banger Herzen von Millionen mit neuer Zuversicht erfüllte, da verkagten die englische und französische Regierung wiederum. Nicht einmal die Fesse wurden den Delegierten ausgeteilt, geschweige, daß man die Wünsche des revolutionären Rußland berücksichtigte und die geheimen Eroberungsverträge veröffentlichte oder sie gar revidierte. (An diesem Zusammenhang verdienen auch die vom neuen Reichskanzler Dr. Michaelis jetzt bekanntgegebenen Eroberungsziele Frankreichs hohe Beachtung!)

Als endlich der Deutsche Reichstag am 19. Juli den Willen zu einem Verständigungsfrieden mit überwältigender Mehrheit ansprach und damit zu dem drittenmal die „Entente“ nebst dem „friedensfeindlichen“ Wilson Gelegenheit hatte, den aussichtslosen Kampf ehrenvoll aufzugeben, da erklangen als nichtöfentliches Echo die Reden Carsons, Ribots und Lloyd Georges just im Ziel und Jubel fast wie in den ersten Kriegstagen!

Und am gleichen Tage, da die uns allen so schwer begreifliche Offensive der friedensfreundlichen russischen sozialistischen Regierung in einem furchtbaren deutlichen Gegenangriff sich zusammenbrach, da setzten die kriegsentscheidenden Kreise der Entente ihre Hoffnung auf die mit amerikanischer Hilfe in noch größerem Ausmaß geplante Frühjahrsoffensive 1918!

Treffend weist dabei die „Wiener Arbeiterzeitung“ darauf

hin, daß der Zusammenbruch der russischen Offensive in seiner Bedeutung über den östlichen Kriegsschauplatz hinausgreift. Was war der Sinn oder was schien der Sinn zu sein der Kriegführung des Vierverbandes in diesem Jahre? Die lange vorbereitete Gesamtoffensive, die den Mittelmächten ein Ende bereiten mußte, sollte endlich durchgeführt werden. War in den ersten drei Jahren des Krieges dieses gemeinsame Vorgehen jedesmal mißlungen, weil die technischen Voraussetzungen entweder da oder dort im entscheidenden Augenblick veragten, so hatte man in diesem Winter in Amerika wie in England die äußersten Kräfte angespannt, um vollkommen gerüstet auf dem Schauplatz zu erscheinen und auch das äußerste getan, um Rußland ebenso vorbereitet auf die Walfahrt zu führen. Man erwäge doch, daß England den Russen im Kriege nahezu 20 000 Millionen Mark geliehen hat, daß im finanziellen Sinne also der russische Krieg ein englischer Krieg ist, und man wird dann auch verstehen, wieso jetzt alles auf eine Karte gesetzt und der Krieg durch einen Ansturm von allen Seiten zum siegreichen Ende gebracht werden sollte.

Hätte schon die russische Revolution in die Ausföhrung dieses Programmes eine Verzögerung gebracht, so daß sich die englisch-französische Offensive, die furchtbarste, die in diesem Kriege überhaupt durchgeführt wurde, an dem zähen und von genialer Führung geleiteten Widerstand der Deutschen verblutete und aus dem anfänglichen Erfolg ein Zusammenbruch der französischen Kraft hervorgeht, so bot man bald alle Mittel auf, um Rußlands Massen von neuem in Bewegung zu setzen. Es gelang, trotz der Revolution, es war im Anfang der Vorstoß auch von Erfolg begleitet. Aber diese Freude weniger Tage brach unter dem Ansturm der Massen zusammen, wie alle früheren Erfolge der Russen. Wie die Engländer und Franzosen an Hindenburgs Defensiv ihren Meister fanden, so jetzt Kerenskis Offensive an Hindenburgs Gegenschlag. Und damit ist auch die Möglichkeit einer Gesamtoffensive des Vierverbandes in diesem Jahre so gut wie beseitigt. Denn wenn jetzt auch — das gewaltig gesteigerte Feuer in Flandern scheint darauf hinzuweisen — die Engländer von neuem zum Angriff übergeben sollten — mit den üblichen ersten Anfangserfolgen —, so wird dies nun wieder erst eine Teiloffensive sein, eine Offensive, nicht den Gegner durch gemeinsamen Druck niederzuwerfen, sondern den Freund zu entlasten. Damit sinkt, was eine weltgeschichtliche Entscheidung werden sollte, in dem endlosen Ablauf der Kämpfe zu einer bloßen Episode herab, mag auch sonst noch so viel Mut fließen. Denn es scheint der Sinn dieses sinnlosen Krieges zu sein, daß die beispiellose Größe der Opfer und der Anstrengungen an der Nichtigkeit der Ergebnisse ihren Gegenwert finden.

Und da erhebt sich wieder wie bei jeder Wendung dieses Krieges die Frage, weshalb und wozu währt das Wort noch fort? Die Frage erhob sich, als Rußland von neuem das Schwert ergriff. Denn was soll ein Kampf denen, die von vornherein sagen, daß sie den Preis des

Kampfes nicht wünschen? Aber obwohl die Engländer und Franzosen noch immer an den Kriegszielen festhalten, die Rußland und die Mittelmächte bereits haben lassen, so zielt auch auf sie die Frage nach dem Zweck des fortdauernden Krieges. Der deutsche Admiralstab meldet, fünf Millionen Tonnen sind seit der Eröffnung des seffelosen U-Bootkrieges versenkt worden. Dieser Krieg, der alle Voraussetzungen, befürchtende wie hoffende, Lügen gestraft hat, hat auch der Welt erwiesen, daß selbst dieser ganz ungeheure Erfolg der U-Boote die Kriegsfähigkeit Englands noch nicht zu erschüttern vermocht hat. Wenn jedoch in dieser Rechnung ein Fehler war wie noch in allen Rechnungen, die in dem Kriege aufgestellt worden sind, so ist es ebenjogut gestattet, die Sache von der anderen, von der englischen, Seite zu betrachten, und dann darf man wohl auch hier die Frage stellen: Hat der englische Krieg bis zur Stunde 120 Milliarden verbraucht, findet der Erfolg dieses unmeßbaren Geldaufwandes — von dem Stromgleich geflossenen Blute nicht zu reden — darin seinen Ausdruck, daß außer ein paar deutlichen Kolonien, in denen etwa zehn oder zwölf Millionen Schwarze wecheln, und einem Stück Mesopotamiens, nur der Verlust von etwa einem Drittel der deutschen Handelsflotte erreicht wurde: ob nun wirklich dies das Ziel war, nach dem England seit drei Jahren in wilder Leidenschaftlichkeit ringt?

Fast möchte man glauben, der Krieg würde nur um des Krieges willen weitergeführt, das Geschehen sei völlig entfesselt und folge lediglich nach dem Geiz der Trägheit. Die Vernunft aber sei ebenso wie der Menschenverstand aus dem düsteren dämonischen Treiben völlig ausgeschaltet. Wie ein Schicksal, das übermächtig zerstörend über unseren Hauptern dahinzieht, müssen wir den Krieg hinnehmen und haben nicht einmal den Trost, daß höhere und unbegreifliche Gewalten das Fortdauern über uns beschließen haben. Nein, all diese zerstörende Teufelei, diese gramiende Verzerrtheit des Geschehens entwirrt Menschenhandlungen, ist Rafferei der berechnenden Vernunft, die sich verrechnet hat.

Sollen wir mit diesem trüben Ausblick ohne einen stärkeren Lichtschein ins vierte Kriegsjahr hineingehen? Ach, es ließe den vielen Friedensillusionen eine neue hinzufügen, wollten wir einen baldigen Frieden durch Stockholm oder sonstwie verheißten. Wohl haben die Staatsmänner und Minister fast aller kriegführenden Länder wiederholt und bis in die jüngste Zeit hinein den „baldigen“ und dazu den „siegreichen“ Frieden ihren Völkern angekündigt. Unterdessen geht

das blutige Ringen weiter und alle Versicherungen auf „entscheidenden Sieg“ schweben in der Luft. Gewiß ist die militärische Lage Deutschlands und der Zentralmächte (wie auch die weiter unten abgedruckte Studie W. Beer's aufweist) günstiger denn je und auch die wirtschaftliche Not — die ja größtenteils eine Frage mangelhafter Organisation und wahrwüthiger Preisgestaltung ist — dürfte im Moment ihren Höhepunkt erreicht haben.

Wird in den nächsten Wochen und Monaten auch das letzte Argument aufgehoben, mit dem die Entente ihren Krieg gegen uns begründet, und das kann und muß durch die begonnene und weiterfortzuführende Demokratisierung Preußens und Deutschlands geschehen, so wird auch in Frankreich und England der Wille zu einem Verständigungsfrieden sich stärker Bahn brechen und das schwer erschöpfte Europa bekommt endlich den Frieden.

Von diesem Gesichtspunkt aus gewinnt auch der Beschluß der Gewerkschaftsvorstände in ihrer Konferenz vom 24. bis 26. Juli 1917 weltpolitische Bedeutung. Er lautet:

Die Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Zentralverbände vertritt in der Frage der innerpolitischen Neugestaltung im Deutschen Reich die Auffassung, daß diese längst notwendigen und zum Teil auch von der Reichsregierung zugesagten Reformen nicht länger mehr verzögert werden dürfen.

Inbesondere erachtet sie die Einführung eines mit den Beschlüssen der Volksvertretung im Einklang stehenden Regierungssystems und die Einführung eines wirklich demokratischen Wahlrechts für alle einzelstaatlichen Landtage sowie für alle Gemeinden als die dringendste Voraussetzung für eine gesunde innerpolitische und wirtschaftliche Entwicklung, die allein das deutsche Volk befähigt, die verwüstenden Wirkungen des Krieges bald zu überwinden.

Nicht minder erwartet die Konferenz, daß diese innerpolitische Neuorientierung zu einer Sozialgleichung führt, die der deutschen Arbeiterklasse die volle Gleichberechtigung im wirtschaftlichen und staatsbürgerlichen Leben, sowie den sozialen Aufstieg zur ungeminderten Teilnahme an der kulturellen Entwicklung des Volkes gewährleistet.

Von hier aus allein können wir einen erträglichen Ausblick gewinnen auf die zukünftige Gestaltung der Völkergeschichte, insbesondere der Arbeiterklasse Deutschlands.

Darum müssen die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der deutschen Arbeiter mit ihrem vollen Schwergewicht nach dieser Richtung hindrängen und allen sonstigen Richtungsstreit darüber vergessen und aufgeben.

Drei Jahre Weltkrieg.

Von W. Beer.

1. Kriegsgeschichtliche Zusammenhänge.

In der europäischen Kriegsgeschichte seit dem 17. Jahrhundert treten drei Haupterscheinungen mit aller Deutlichkeit hervor.

Erstens der Kampf Frankreichs gegen die Zusammenfassung der deutschen Stämme zu einem einheitlichen starken Reiche. Wachte der französische Staat von Königen wie Heinrich IV. und Ludwig XIV., von Kaisern wie Napoleon I. und Napoleon III., von Ministern wie Sully, Richelieu, Mazarin, Danton, Thiers, Boulanger, Delcassé, Poincaré geleitet sein, immer trat der politisch-geographische Gegensatz zu Deutschland in die Erscheinung.

Zweitens der Kampf Englands um die Eroberung und Aufrechterhaltung der Seeherrschaft. Von Elisabeth, Cromwell und Wilhelm von Oranien bis zu den Georgen war und ist dieses Ziel die Seele der englischen Politik. In diesem Kampfe trug es zur Auflösung des spanischen Weltreiches bei. Schlug es die Niederlande zu Boden, focht es mit unerbitterlicher Folgerichtigkeit gegen Frankreich, als dieses unter Ludwig XIV. und Napoleon I. sich zur ersten Macht Europas emporzuschwang. Da diese englisch-französischen Gegensätze zeitlich mit den französisch-deutschen (österreichischen, preussischen) zusammenfielen, bestanden im 18. und 19. Jahrhundert Allianzen zwischen England, Oesterreich und Preußen. Die gemeinschaftlichen Feldzüge von Marlborough und Prinz Eugen, Friedrich dem Großen und Georg II., Blücher und Wellington sind die kriegsgeschichtlichen Ausdrücke dieser politischen Allianzen. Der letzte Wiederhall der englischen Waffenbrüderschaft war noch im Jahre 1870/71 einigermassen vernehmbar, als englische Publizisten — mit Thomas Carlyle an der Spitze deutsche Sympathien bekundeten und für die deutsche Einverleibung Elsaß-Lothringens eintraten.

Drittens der Ausdehnungsdrang der Großrussen nach Süden und Osten: nach dem Schwarzen Meer (mit seinem Abfluß nach dem Mittelländischen Meer) und durch Sibirien nach dem Stillen Ozean. Ganze Länder und Völker fielen diesem Ausdehnungsdrange zum Opfer. Das russische Reich blieb während dieser Periode im großen ganzen in friedlichem Kontakt mit der deutschen Politik, — die feindlichen Zusammenstöße bildeten eine Ausnahme. Auch hier war das Jahr 1870/71 der Abschluß der Jahrhunderte langen russisch-deutschen Freundschaft.

2. Aufstieg Deutschlands und antideutsche Koalition.

Das wichtigste politische Ereignis der letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts war die Einigung der großen Mehrheit der deutschen Stämme und die Gründung des Deutschen Reiches. Die Einigung führte nach und nach zu einer erheblichen Erstarkung der deutschen Wirtschaftsmacht, und mit der wachsenden Entfesselung der Produktivkräfte und der raschen Zunahme entstand unvermeidlich der Drang nach überseeischer Ausdehnung, nach Segelung und weltpolitischer Macht. Um die Wende des neuen Jahrhunderts wurden die Gegensätze zu England und Rußland in wachsender Maße offenbar. Und der alte Gegensatz zu Frankreich wucherte weiter fort. Die britischen Seeherrscher blickten mit Unruhe auf die Entfaltung der deutschen Wirtschaft und Flotte, wie sie einst auf die Spaniens, der Niederlande und Frankreichs geblickt hatten; Rußland von Ostasien zurückgeworfen, konzentrierte wieder seine Aufmerksamkeit auf die Weerebenen und stieß dort auf den bereits starken deutschen Einfluß. Die größte Seemacht und die größte Kontinentalmacht, seit mehr als einem Jahrhundert in asiatische Gegensätze verwickelt, fühlten gemeinschaftlich die Konkurrenz einer neuen Macht. Die Elemente zu einer antideutschen Koalition waren gegeben, und französische und englische Diplomaten

Die Stellung der Gewerkschaften zur Frauenarbeit.

In den „Soz. Monatsheften“ erscheint eine größere Artikelreihe über die „Frauenberufsarbeit“, die allgemeines Interesse verdient. Wir haben bereits einige Aufsätze im Auszuge abgedruckt und unterbreiten heute unseren Lesern den nachfolgenden Artikel von Robert Schmidt:

Grundsätzlich standen die deutschen Gewerkschaften dem Eindringen der Frauenarbeit in das Erwerbsleben nie ablehnend gegenüber. Sie waren sich darüber klar, daß die Frauenarbeit in Industrie und Handel fortschreitend Eingang finden wird, und daß in der kapitalistischen Entwicklung die starke Tendenz, ungelernete und billige Arbeitskräfte auszunutzen, nicht unterdrückt werden kann. Ihre Bemühungen gingen deshalb darauf hinaus, im Arbeiterschutz der Frau eine besondere Begünstigung zu verschaffen, um sie vor der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft in besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben und bei übermäßigen körperlichen Anstrengungen zu bewahren. Die ungelernete Konkurrenz, die in der Frauenarbeit liegt, machte vom gewerkschaftlichen Standpunkt durch die Forderung bekämpft werden, daß für gleiche Leistung gleicher Lohn gezahlt werden müsse. In dieser Tendenz, den Frauen freie Arbeitsbetätigung im Erwerbsleben offenzulassen, unterschieden sich die deutschen Gewerkschaften sehr wesentlich von den englischen. Denn diese vertakten mit großer Energie den Standpunkt, ungelernete Arbeitskräfte dürften nicht in Stellungen einrücken, die qualifizierte Leistungen erfordern. Mit diesem Prinzip hat man wohl eine Schicht besser bezahlter qualifizierter Handwerker geschaffen, auf der anderen Seite aber eine große Zahl ungelerneter Arbeiter, darunter auch die Frauen, in die schlecht entlohnenden Stellen zurückgedrängt, ohne auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse dieser Schicht bestimmenden Einfluß auszuüben. Es ist sehr zu beachten, daß jetzt die englische Regierung in die Bestimmungen über die Arbeitsverhältnisse der Rüstungsindustrie ausdrücklich die Zulassung von Frauen in bisher nur von gelernten Arbeitern besetzte Stellen verboten werden sollte.

Auch in Deutschland fehlte es nicht an Bestrebungen, dieses englische Beispiel nachzuahmen, und zwar in den Verbänden, die der freien gewerkschaftlichen Bewegung fernstehen. Besonders die bürgerlichen Verbände der Handlungsgeschäften bemühten sich, das Eindringen der Frauenarbeit in ihren Beruf zu erschweren. Ihre kurzschichtige Auffassung erblickt am besten aus der Tatsache, daß sie bis heute die Aufnahme der Frauen als Mitglieder ablehnen.

Der Krieg hat alle diese Bestrebungen zurückgedrängt. Da, wo bisher die Frauen zurückgewiesen wurden (es sei nur an die Bankhäuser erinnert), fanden sie nach einigem Widerstreben bald Aufnahme. In den Bureaus und Kontoren stieg der Zuwachs weiblicher Arbeitskräfte enorm. Nicht minder debitierte die Industrie das Be-

tätigungsfeld der Frau aus. Im Baugewerbe und im Bergwerk wurden die Frauen leider wieder zu Arbeiten herangezogen die nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung für sie verboten waren. Geradezu überraschend ist es, in welchem Umfang sich das Transportgewerbe der Frauen bedient. Als bei der vorübergehenden großen Arbeitslosigkeit zu Beginn des Krieges die Vertreter der Gewerkschaften die Postverwaltung ersuchten, an Stelle der damals eingestellten freiwilligen Hilfskräfte Arbeitslose zu verwenden, erklärte man in echt bürokratischer Weise: das sei nicht möglich, man könne doch nicht Beamte, die den Dienst geleistet hätten, durch irgendwelche Industriearbeiter und Arbeiterinnen ersetzen. Auch hier hat sich bald eine Aenderung der Auffassung vollzogen, und wir sehen heute Frauen Berufsarbeiten verrichten, die uns mit Bewunderung über ihr Können erfüllen.

Wir haben gegenwärtig keine sichere Uebersicht über die Zunahme der Frauenarbeit. Aber es ist nicht uninteressant, die im Reichsarbeitsblatt vor dem Krieg veröffentlichten Mitgliederzahlen der Krankenkassen mit den heutigen Zahlen zu vergleichen. Bei der nachfolgenden Zusammenstellung kann man leider nicht die Mitgliederzahlen vom 1. Mai 1914 denen vom 1. Mai 1917 gegenüberstellen, da nicht immer von der gleichen Zahl von Krankenkassen Bericht erstattet wurde. Doch sieht man, in welchem Verhältnis die Zahl der weiblichen Mitglieder zu der der männlichen stieg.

Staat	Anzahl der versicherungspflichtigen Mitglieder der Krankenkassen (abzüglich der Kranken und Wochnerinnen)			
	am 1. Mai 1914		am 1. Mai 1917	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Preußen	3 453 208	1 825 703	2 262 741	2 392 503
Bayern	639 333	344 751	282 665	319 704
Sachsen	758 241	624 245	457 817	660 436
Württemberg . .	256 296	148 589	152 189	147 494
Baden	210 563	126 626	80 947	104 334
Oeffen	109 674	64 833	72 671	76 294

Es sind hier nur die Ergebnisse aus den 6 größten Bundesstaaten wiedergegeben. Danach kamen in Preußen vor dem Krieg auf je männliches 0,52 weibliche Mitglieder; nach dem Krieg steigt diese Zahl auf 1,05, in Bayern von 0,64 auf 1,13, in Sachsen von 0,89 auf 1,22, in Württemberg von 0,57 auf 0,97, in Baden von 0,59 auf 1,29, in Oeffen von 0,54 auf 1,29. Dabei sind nur die Pflichtversicherten und Erwerbsstätigen, nicht die Kranken und Wochnerinnen gerechnet. Wie stark die weiblichen Arbeitskräfte zugenommen haben, ergibt das Beispiel Groß-Berlins. Im Mai 1914 betrug die männliche Mitgliederzahl hier 577 105, die weibliche 440 824, 1917 verschiebt sich das Verhältnis so, daß den 577 562 männlichen Mitgliedern 643 218 weibliche gegenüberstehen. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß die Zahl der männlichen Arbeiter noch durch die Gefangenen erhöht wird.

Diese Zunahme der Frauenarbeit wird die deutschen Gewerkschaften vor eine sehr wichtige Aufgabe stellen. Denn es besteht

Schwächen sie zu einem Bündnis von West- und Ost-Europa zusammen, ein kongenitlicher Ring um Mitteleuropa wurde geschmiedet, denn auch Italien war seit 1907 eher zur Koalition als zu den Mittelmächten zu rechnen. Das europäische Gleichgewicht, das lange Jahre hindurch in Dreieck und Zweieck seinen politischen Ausdruck gefunden hatte, war vollständig zu Ungunsten der Mittelmächte zerstört. Und merkwürdigerweise unternahm die deutsche Diplomatie nichts Wirksames, um bei Zeiten dieser gefährlichen Lage abzuwehren und einem Koalitionskriege vorzubeugen. Seit dem Jahre 1906 trafen Frankreich und England gemeinsame Vorkehrungen für den Krieg. Die Spitzen ihrer Armeen und Flotten hielten periodische Konferenzen ab; seit 1907 studierten englische Generale die handlichen Schlachtpläne; seit 1912 teilten sich die französischen und die englische Flotte in ihre Aufgaben; jene übernahm die Ueberwachung des Mitteländischen Meeres, diese die Bewachung der Nordsee und des Kanals. Seit 1909 arbeiteten die Kriegskommissionen der Duma mit fieberhaftem Eifer an der Reorganisation der russischen Armee; französische und englische Anleihen förderten den Ausbau der Weichsel- und Njemenfestungen; Neostamen waren unermüdetlich an ihrer Ministerarbeit in Oesterreich-Ungarn tätig; französische und englische Diplomaten standen ihren russischen Kollegen am Balkan und am Bosphorus bei; Serbien wurde der Liebling Petersburgs und Londons. Italien engagierte sich immer mehr in Extratouren, es überfiel Tripolitanien und bereitete sich auf die Beherrschung des Adriatischen Meeres vor. Im Jahre 1911 lag bereits die Schlinge um den Hals der Mittelmächte. Die Lage wurde so kritisch, daß es nur noch einer lokalen Explosion bedurfte, um ganz Europa in Flammen zu hüllen. Die Sarajewoaffäre brachte Juli 1914 die reifgewordene Katastrophe zum Ausbruch.

3. Der Verlauf des Krieges.

England, Frankreich und Rußland besanden sich in den Augusttagen 1914 in einer anderen geistigen Verfassung als Deutschland.

Jene konnten sich eher eine Vorstellung von den kommenden schicksalsschweren Ereignissen machen als Deutschland. England hatte schon in früheren Jahrhunderten mit Hilfe von Koalitionen in langjährigen Kriegen um die Seeherrschaft gerungen. Seinen leitenden Männern schwebten der Spanische Erbfolgekrieg und die Napoleonischen Kriege vor. Frankreich hatte in seinen traditionellen Feldzügen gegen Deutschland hinreichende Anhaltspunkte; zudem war es jetzt von Rußland und England offen flankiert und von Italien im geheimen unterstützt. Rußland wußte, daß die neostawische Ministerarbeit in der Donaumonarchie ihm den Weg ebnete und daß es auf Frankreich und England rechnen konnte. Deutschland hingegen stand einem in seiner Geschichte beispiellos ungeheuren Konflikt gegenüber: einer Koalition der größten Seemacht und der größten Landmächte. Sein Außenhandel, seine überseeischen Zufuhren, seine kolonialen Besitzungen, ja seine ganze wirtschaftliche Existenz waren vom ersten Tage an aufs äußerste gefährdet und sein Heer hatte mit einer erdrückenden numerischen Uebermacht zu rechnen. Die fieberhafte Aufregung, die alles hinreichende Begeisterung, die grenzenlose Aufopferungsbereitschaft, die sich der deutschen Nation in den Augusttagen 1914 bemächtigen, waren zum großen Teile der instinktive Ausdruck der qualvollen Unsicherheit und des fürchterlichen Ernstes der Lage. Das waren auch die Kennzeichen der letzten Akte der deutschen Diplomatie und der anfänglichen Kriegshandlungen der deutschen Armeen im Westen. Die deutsche Nation wußte noch gar nicht, wie über alle Massen stark, tapfer und ausdauernd sie in Zeiten der Not sein kann. Mit Haß ohne Rast, unaufhaltsam, fieberhaft rollte die Offensivbewegung durch Belgien und Nordfrankreich hin, ungestümm, haltig schlug die Defensivoffensive in den Reichsländern den Feind zurück; rasch wurde eine Armee geschaffen, um im Osten die sich heranwühlenden russischen Horden zurückzudrängen; bis die Kräfte nicht mehr hinreichten, die Schlacht an der Marne zu Ende zu führen. Dank der mit-

die Gefahr, daß durch die geringe Entlohnung weiblicher Arbeitskräfte der Lohn der Arbeiter stark gedrückt wird. Es wäre übereilt, anzunehmen, daß der gegenwärtige Zustand in der Friedenszeit voll aufrechterhalten wird. In sehr vielen Gewerben, besonders auch in der Metallindustrie, wird ein bedeutender Teil der Arbeiterinnen nicht dauernd beschäftigt werden. Das Wiedereintritttreten der Arbeiterinanspruchnahmen wird die Frauen aus den besonders gesundheitschädlichen Betrieben, wie dem Baugewerbe und dem Bergbau, wieder zurückdrängen. Sicher ist anzunehmen, daß im Transportgewerbe die große Zahl der beschäftigten Frauen wieder zurückgeht. Dennoch wird die Frauenarbeit auch in der Friedenszeit mehr an Boden gewinnen, als bei normaler Entwicklung zu erwarten gewesen wäre. Die Gewerkschaften werden nicht versuchen, die Erwerbstätigkeit der Frauen einzuschränken, sondern alles tun, um die Gleichstellung der Frau im Beruf durchzusetzen. Diese Bemühungen werden durch das indifferente Verhalten der Arbeiterinnen leider außerordentlich erschwert. Die Gewerkschaften haben lebhaft gefämpft, um eine bessere Entlohnung für die Frauenarbeit zu erreichen, ohne als Gegenleistung eigentlich eine erheblich höhere Zahl von weiblichen Mitgliedern zu gewinnen. Die Zunahme der Zahl weiblicher Mitglieder ist im Verhältnis zu der gewaltig erhöhten Zahl der Beschäftigten gering, ihr Interesse für die Organisation nur schwach entwickelt. Das darf uns nicht abhalten, gegen diese Schädigung unserer Position anzukämpfen. Es muß möglich sein, der Organisation eine größere Zahl von Arbeiterinnen zuzuführen.

Die Heimarbeit wird eher zu- als abnehmen, da mit Sicherheit voranzuziehen ist, daß sehr viele Frauen, die ihren Ernährer verloren haben, zur Heimarbeit greifen werden. Es ist deshalb die wichtigste Aufgabe, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse unter einer Zwangsregelung zu bringen, ähnlich wie gegenwärtig bei Vergabung der Militärarbeiten. Die Einführung von Lohnkommissionen, die Tarife festzusetzen haben, ist eine dringende Notwendigkeit. Durch Halbtagsschichten in den Fabriken und Bureaus wurde das Hineindrängen in die Heimarbeit aufgehalten werden. Manche Frau würde sehr gern auf die Heimarbeit verzichten, wenn sie durch ihre Halbtagarbeit einer geordneten und geregelten Beschäftigung nachgehen könnte. Für die Industrie würde kein Schaden daraus entstehen. Denn 2 Arbeiterinnen, von denen jede nur eine halbe Tagesleistung zu vollbringen hat, werden verhältnismäßig mehr leisten als eine einzige bei vollständiger Arbeitszeit. Die Arbeiterin kann dann die übrige Zeit für ihren Haushalt und für ihre Kinder verwenden. Vom sozialhygienischen Standpunkt aus wird man der Arbeit im Betrieb oder Bureau den Vorzug vor der Heimarbeit geben. Die Einführung der Halbtagsschicht wird nicht überall möglich sein, wohl aber da, wo eine ausgedehnte Arbeitstellung besteht und die begonnene Arbeit leicht von der nachfolgenden Schicht fortgesetzt werden kann. Post und Eisenbahn sowie die Verwaltungsbehörden können leicht die Halbtagsschicht einführen.

Um das Interesse der Arbeiterinnen an der Organisation zu

heben, wird es notwendig sein, die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften so auszubauen, daß sie den besonderen Interessen der Arbeiterinnen entgegenkommen. Neben der Krankenunterstützung, die in den meisten Verbänden eingeführt ist, käme Wöchnerinnenunterstützung, die Gewährung eines Zulagedes, ferner die Auszahlung eines Aussteuergeldes bei der Verheiratung in Frage. In Beginn des Krieges wurde in einigen Orten auch der Versuch gemacht, Kinderhorte einzurichten. Ist das auch eigentlich Sache der Gemeindeverwaltungen, so werden wir doch auch in Zukunft da eintreten müssen, wo diese versagen. Sehen die Arbeiterinnen, daß wir ihren besonderen Wünschen Rechnung tragen, so dürfen wir hoffen, daß ihr Interesse für die Organisation stärker wird, als es gegenwärtig der Fall ist.

Die freien Gewerkschaften werden nach dem Krieg und, soweit es möglich ist, schon heute, ihre Aufmerksamkeit auf die hier ange-deuteten Probleme richten müssen. Sie können die Berufstätigkeit der Frauen nicht vom Standpunkt engherziger männlicher Sonderinteressen, noch weniger von dem bürgerlich rückständiger Auffassungen behandeln.

• Aus Politik und Volkswirtschaft •

Politisches.

Partei und Gewerkschaften über die Teilnahme an der Stockholmer allgemeinen Friedenskonferenz. Auf die Einladung des russischen Arbeiter- und Soldatenrats zur Teilnahme an einer Internationalen Konferenz in Stockholm hat der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei gemeinsam mit der Zentralkommission der Gewerkschaften am 20. Juli an die Delegation des russischen Kongresses der Arbeiter und Soldatenvertreter folgende Antwort erteilt: „Werte Genossen! Der Vorstand und die Delegation der deutschen Sozialdemokratie haben den Bericht über die mit der Delegation des russischen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte am 4. und 5. Juli in Stockholm geführten Verhandlungen gehört. Sie bestätigen aufs neue ihre bereits durch Brief vom 7. Juni gegebene Erklärung über die Teilnahme an der in Stockholm geplanten allgemeinen Sozialistenkonferenz. Die deutsche Sozialdemokratie hat die in Deutschland vorhandenen amerikanischen Tendenzen seit Kriegsbeginn scharf bekämpft. Sie ist durchaus der Auffassung, daß die Regierungen, die nach der allgemeinen Sozialistenkonferenz noch nicht klar und unzweideutig ihre Kriegsziele bekanntgeben oder bei der Bekanntgabe als ihr Kriegsziel Eroberungen oder finanzielle Vergewaltigungen bezichtigen, auf das entschiedenste bekämpft werden müssen. Die deutsche Sozialdemokratie hat bereits durch Beschluß ihres Vorstandes und Ausschusses vom 19. April ihr Einverständnis mit der Friedensplattform des Arbeiter- und Soldatenrats erklärt. Die deutsche Sozialdemokratie ist bereit, die diesen Grundfragen entsprechenden Be-

tätigen Offensivhandlungen sich im Jahre 1915 in sehr unangenehmer Weise bemerkbar gemacht. Der Schwerpunkt des Krieges hatte sich offenbar nach dem Westen verschoben. Um die Franzosen zu schwächen und die von ihnen beabsichtigten Offensivhandlungen gegen Ost- und Vordringen zu unterbinden, wurde im Februar 1916 Verdun angegriffen. Hier sank im Frühjahr 1916 die Blüte der französischen Regimenter dahin. Im Juli 1916 befand sich Verdun in den letzten Zügen. Die Franzosen riefen nach Hilfe. Gleichzeitig unternahmen österreichisch-ungarische Truppen eine Offensive gegen Italien, die einen erfolgreichen Verlauf versprach. Auch die Italiener riefen nach Hilfe.

Um der großen Not Frankreichs und Italiens abzuhelfen, beschloß England eine Offensive gegen Galizien und Wolynien, England eine gegen Deutschland an der Somme.

Zum Zwecke der Herstellung einer Einheitsfront sollte die britische Hochseeflotte die Herrschaft in der Nord- und Ostsee gewinnen und den Russen die Hand reichen. Am 31. Mai abends wurde die größte Seeschlacht der Welt zwischen der britischen und der deutschen Flotte am Skagerrak geschlagen, aber sie endete mit keinem Totalschlag, sondern mit einem Siege der deutschen Flotte! Am 1. Juni begann Brusilow seine äußerst blutigen Angriffe; am 6. Juli wurde Lord Kitchener, der als militärischer Organisator nach Petersburg reiste, bei den Ordnensinseln torpediert; am 1. Juli setzte die englisch-französische Offensive mit unerhörter Heftigkeit ein, und Ende Juli schloß sich auch Rumänien der Koalition an. Der Sommer 1916 erscheint als der Gipfelpunkt der Kräfteentfaltung der Koalition. Diese Monate waren auch die kritischsten für die Mittelmächte. Zu rechter Zeit wurde Hindenburg, dem Manne der eisernen Ruhe, der Oberbefehl über die Heere der Mittelmächte übertragen. Deutsche Reserven brachten die russische Offensive zum Stehen; deutsche Trup-

tarischen Schulung gelang es jedoch dem deutschen Heere, die in den ersten Monaten eroberten Gebiete festzuhalten. Von Mitte September bis Ende November 1914 war die opferreiche Zeit der Orientierung, des Sichbewußtwerdens und der Ueberlegung, der Würdigung des Charakters eines Koalitionskrieges. Der Begeisterungsaumel war vorüber, die Vorbereitung des Sieges begann.

Es galt, den Schwerpunkt der Koalition zu finden und gegen ihn den Hauptstoß zu führen. Die Erfahrung der ersten Monate lehrte, daß der Schwerpunkt im Osten lag. Es war die überraschend umfangreiche Kräfteentfaltung und die ungeheure Wucht der russischen Heeresmassen, die die Kriegshandlungen im Westen nicht bis zum vollen Siege reißen ließen. Die Entzuehung erheblicher Truppenkörper vom Westen nach dem Osten in den letzten Augusttagen 1914, um Ostpreußen zu retten, sowie die scheinbar alles zernehmende russische Invasion, die schon in den ersten Septembertagen nach Galizien bis hinter die Mauern Krakaus überschwenkte, haben auf den Verlauf deutscher Kriegführung im Westen einen außerordentlich starken und beunruhigenden Einfluß ausgeübt. Die Russen haben Paris gerettet. Die Russen galt es vor allem zu schlagen. Das Jahr 1915 war dieser erfolgreichen Aufgabe gewidmet. Ende September 1915 lagen bereits Polen, Litauen, Kurland und vier Fünftel Galiziens im Rücken der deutschen Heeresmassen. Der Sieg wäre noch vollständiger gewesen, wenn Italien nicht im Mai 1915 dem ihm verbündeten Oesterreich-Ungarn den Krieg erklärt hätte. Denn hierdurch mußten nach dem Jonzo und den Tiroler Bergen erhebliche Teile des österreichischen Heeres geworfen werden, die sonst gegen Russland verwendet werden wären.

Auf den Abschluß des russischen Feldzugs folgte loaisch der Feldzug gegen Serbien, das von Oktober bis Anfang Dezember 1915 mit Hilfe der Bulgaren vollständig geschlagen wurde.

Inzwischen hatte sich Frankreich erholt und durch mehrere hef-

schlüsse der Konferenz anzuerkennen und durchzuführen, wobei sie voraussetzt, daß es sich dabei nur um Beschlüsse handelt, die auf alle Parteien zutreffen und daß alle an der Konferenz teilnehmenden sozialistischen Parteien der kriegsführenden Länder sich verpflichten, diese Beschlüsse gleichzeitig mit allen zur Verfügung stehenden Kräften durchzuführen. Die deutsche Sozialdemokratie wünscht den Bemühungen der russischen Genossen um das Zustandekommen der Konferenz weiterhin den besten Erfolg und erwartet, daß es in Stockholm gelingen wird, für ein gemeinsames Arbeiten aller sozialistischen Parteien ein Einverständnis zu erzielen."

• Aus unserer Bewegung •

Agitation im Gau München. In der Zeit vom 20. bis 22. Juli hielt der Verbandsvorsitzende Kollege Deckmann in den Filialen München, Augsburg und Regensburg Versammlungen ab, die sich allgemein eines sehr guten Besuchs zu erfreuen hatten. Er behandelte das Thema: „Die Kämpfe und Erfolge unseres Verbandes während der Kriegszeit.“ In seinen vortrefflichen Ausführungen schilderte Redner, welche ungeheuren Schwierigkeiten die Gewerkschaften zu überwinden hatten und wie insbesondere unser Verband geistliche Hindernisse bestehen mußte. Unter spannender Aufmerksamkeit der Versammlung besprach er die zwischen Kapital und Arbeiterschaft herausgetretene Kluft, die Entwicklung des Nationalvermögens, von dem heute pro Kopf 30.000 Mk. zuzurechnen würden. Für die Arbeiterschaft bleibt nur der Gedanke dieser Summe übrig, während der Betrag in anderen Händen recht sicher verwahrt ist. Redner besprach sodann die Kriegsgewinne, die heute bis zu 40 Milliarden Mark betragen. Uebergehend auf das Kriegsdienstverhältnis meinte er, es sei immer noch besser als die Militarisierung der Betriebe, wie das in einigen Bundesstaaten, darunter in Bayern durch Errichtung der technischen Betriebsbataillone, geschehen ist. Schließlich sei das kleinere Übel dem größeren vorzuziehen. Weiter verbreitete sich Redner über die Rechtsverhältnisse der Tarifverträge. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik müsse bedeutend mehr wie vor dem Kriege getan werden. Es seien zwar viele Wohlfahrtsanstalten geschaffen worden. Aber auch da fehlen die notwendigen Rechtsgarantien. Solange diese nicht zuwanken werden, kann von wirklichen Wohlfahrtsanstalten kaum gesprochen werden. In einigen Städten ist dies zwar erzwungen worden, doch fehlt es bei vielen anderen Stadtverwaltungen. Die Regierungen, die früher bei Streiks und Arbeitslosenmaßnahmen Partei für die Streikbrecher ergriffen, haben durch Ausbruch des Krieges eine andere Auffassung über die Wohlfahrtsanstalten gewonnen. Das kommt auch in mehreren eingetragenen Zusatzen zum Ausdruck. Wie die Wohlfahrtsanstalten zeigen, sind sie in ihren Erfolgen im Jahre 1914 prozentual zurückgegangen, während sie im Jahre 1915 stiegen und im Jahre 1916 für die übergroße Mehrzahl der hunderttausend Arbeiter einen ziemlichen Erfolg brachten. Damit kann man einverstanden sein, keineswegs aber in Anbetracht der verteuerten Lebenshaltung zufrieden sein. Nur Lohnverbesserungen können den not-

wendigen Ausgleich bringen. Die Teuerungszulagen bringen zwar eine Milderung der Not und des Elends der Arbeiter mit sich, schaffen aber keineswegs einen Ausgleich der bestehenden Teuerung. Sie werden aber von den Arbeitgebern und den Stadtverwaltungen vorgezogen, weil sie billiger als die allgemeinen Lohnverbesserungen zu stehen kommen. Auf diesem Gebiete können wir nicht lange mitmachen, hier muß eine entscheidende Wendung in unserem Fortgehen eintreten. Die Krisenverwaltungen sind teilweise schon zur Stellung von direkten Lohnverbesserungen übergegangen, was nur zur Nachahmung empfohlen werden kann. Während Redner noch die Unterstützungsfälle während der Kriegszeit besprach, die die Summe von rund 14 Millionen Mark betragen, ferner die in Aussicht stehenden Aufgaben behandelte, forderte er die Anwesenden auf, sich unverzüglich — soweit dies nicht schon geschehen ist — dem Verbandsangschließen.

Cottbus. Am 15. März reichten die Beschäftigten im Gaswerk an Magistrat und Stadtverordnetenversammlung einen Antrag auf 10 Pf. Stundenlohnzulage ein. Freiwillig oder vielmehr ausgezahlt wurde den Beteiligten eine Lohnzulage von 3—4 Pf. pro Stunde. Damit konnten sich die Arbeiter des Gaswerks nicht zurückziehen und erlitten deshalb den Magistrat um erneute Festsetzung ihrer Eingabe. Dieses Verstelligwerden hatte den Erfolg, daß abermals 3—4 Pf. Zulage gegeben wurde. Also eine Stundenlohnzulage von 7—8 Pf. Auch die Beschäftigten im Elektrizitätswerk forderten eine Stundenlohnzulage von 10 Pf. Bewilligt wurden 5 Pf. Kurze Zeit nach Einreichung der Eingabe wurden zwei Mann entlassen mit der folgenden Begründung, es sei keine Arbeit mehr vorhanden. Dabei klagen die Entlassenen über Stundenheberei, daß es nicht mehr schön sei. Zum Heberfluß, um vielleicht zu zeigen, daß der wahre Grund der Entlassung in dem Unterbleiben der Eingabe zu suchen ist, wurden einige Tage später zwei neue Arbeiter eingestellt. Diese Schwarzarbeiter konnten sich die Herren in Cottbus heute noch ungestrast erlauben, denn die häßlichen Arbeiter sind nicht so organisiert, wie es sein müßte. Ueber Arbeitsmangel zu klagen hat die Stadtverwaltung nach diesen Vorkommnissen aber keinen Grund mehr.

Hamburg. In unserer Mitgliederversammlung am 18. Juli im Gewerkschaftshaus wurde zunächst berichtet über die im Gesamtgebiet unserer Filiale lebenden von den städtischen und staatlichen Arbeitern gestellten Anträge zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Insbesondere wurden die Lohnverhältnisse, die eingetretenen Erholungs- sowie die bevorstehenden weiteren Verhandlungen besprochen. Die „Gewerkschaft“ wird eine die neueren Vorgänge zusammenfassende ausführliche Darstellung bringen, sobald die Schlussgutachten vorliegen. Alsdann wurde über die unter unseren Kriegserfahren vermittelte Umfrage über ihre Unternehmung durch Lohnfortzahlung Bericht erstattet. Gesamtergebnis: Von den der Anzahl nach reichlich 4000 im Kriegsdienst tätigen Mitgliedern unserer Filiale sind 3000 verheiratet, aber etwa 1000 dieser Frauen waren nicht zu erreichen, und von den anderen haben nur 1302 derselben die Fragebogen im zweckdienlichen Zustand zurückgegeben. Darnach betrug die Lohnfortzahlung wöchentlich: Für 84 Frauen weniger als 24 Mk., für 153 Frauen mehr als 24 Mk., aber nicht über 27 Mk., für 386 Frauen mehr als 27 Mk., aber nicht über 30 Mk., für 510 Frauen mehr als 30 Mk., aber nicht über 36 Mk., für 169 Frauen über 36 Mk. Die 1302 Frauen ernährten 2265 Kinder unter 15 Jahren, und zwar

pen brachen die mit beispiellosem, aus aller Welt herbeigeschafften technischen Mitteln unternommene Offensive an der Somme; eine deutsch-österreichisch-bulgarisch-türkische Armee schlug die Rumänen aus Haupt, und am 6. Dezember 1916 wurde Bukarest von den siegreichen Truppen der Mittelmächte besetzt. Rumänien, das von der Koalition bestimmt worden war, den Mittelmächten den Todesstoß zu versetzen, hat der deutschen Heeresleitung eine besondere Gelegenheit, ihr strategisches Können zu zeigen. Der deutsche Kriegsplan gegen Rumänien diente sodann den Engländern und Franzosen als Muster für ihre Frühjahrs-offensive 1917, von der sie abermals das endgültige Niederbrennen der Deutschen erwarteten. Falkenhagens schiefe Kämpfe bei Krivopatria, der Durchbruch bei Krajemo, das Ueberkreuzen der Donau bei Esfowo, sollten von Haig und Nivelle bei Vim. St. Quentin und Craonne nachgehakt werden. Der deutsche Rückzug an der Somme nahm diesem Plan die strategische Einheit. Im Frühjahr 1917 konnten deshalb nur Teilangriffe in Flandern und in der Champagne erfolgen, die überall mit ungeheuren Verlusten scheiterten, so daß die französischen Truppen erklärten, „nicht mehr aus den Schützengraben vorstürmen zu wollen“. („Victoire“, 17. 7. 1917.)

4. II. Boot, russische Revolution und der Zeitfaktor.

So unerwartlich und unvergleichlich die deutschen Leistungen in diesem Kriege auch waren, so erfüllte doch trotz aller Siege die peinliche und schmerzhaft mahlende Sorge die Herzen so vieler unserer Mitbürger, die übermäßige Verlängerung des Krieges könnte schließlich doch das deutsche Volk zur Unterwerfung bringen. Der Wirtschaftskrieg, die Hungerblöcke, das Eintreten immer neuer Feinde in den Krieg, die Zurückweisung aller deutschen Friedensangebote wiesen doch darauf hin, daß England einen Abmündungskrieg führe und daß es, wie sein leitender Minister Lloyd George erklärte, „nicht mit der Uhr in der Hand noch mit dem Stiefel auf dem

Kalender“ kämpfe. Seegewalt und numerische und räumliche Uebermacht sollten dem deutschen Volke die Kraft und den Willen zu längerem Widerstande rauben. Es wären dies Mittel, die England einst gegen Frankreich anwandte und an denen ein Genie wie Napoleon scheiterte. Englische Seeherrschaft, numerische Uebermacht und russische räumliche Ausdehnung — Trafalgar und Moskau — waren das Verhängnis Napoleons. Wird Deutschland ihm entgehen?

Auf diese bange Frage brachte das Jahr 1917 die Lösung: den II. Boot-Krieg und die russische Revolution. Tag um Tag, Woche um Woche, Monat um Monat verringert der unbeschränkte II. Boot-Krieg die Dampferlinien Englands, — die Materien des britischen Reichsorganismus. Die Zeit wirkt nicht mehr gegen Deutschland allein, sondern auch gegen England, das ebenfalls den Erschöpfungskrieg zu spüren beginnt. Und die russische Gefahr wurde durch die russische Revolution, die Folge der russischen Niederlagen, beseitigt. Weder ein Trafalgar noch ein Moskau sind nunmehr möglich. Bis gegen Ende 1916 wirkte der Zeitfaktor zugunsten Englands und der Raumfaktor zugunsten Russlands. Seit dem Frühjahr 1917 haben diese Faktoren aufgehört, der Schrecken der Mittelmächte zu sein. Was Napoleon nicht vermochte, das brachte das Genie, die Wissenschaft, die Tapferkeit und die Ausdauer der deutschen Nation zustande. Mit beschränkten Mitteln hat das deutsche Volk unvergleichlich mehr in diesen drei Jahren geleistet als England mit seinen unbegrenzten Mitteln. Der Weltkrieg hat zu Wasser und zu Lande, an den Dardanellen, in Gallipoli, am Stagerat, in Flandern und an der Somme, die Ueberlegenheit Deutschlands über England in augenfälliger Weise darzutun. Die deutsche Nation hat nunmehr den Sieg in der Hand. Nur sie selber kann ihn aus der Hand geben. Somit kann ihn niemand entreißen. Das ist die Botschaft der letzten Monate des dritten Kriegsjahres.

37) dieser Frauen jede derselben drei oder mehr Kinder, zusammen 1302 Kinder. Weil nun die Feuerungszulage tatsächlich nur Kriegerrfrauen mit drei oder mehr Kindern zum entsprechenden Teil bezahlt wird unter Aufrechnung des Kriegsdienstverpflegungsgeldes (für einen Gemeinen oder Gefreiten 45 Mk., für einen Unteroffizier 60 Mk., für einen Sergeanten 75 Mk. monatlich), so haben wir nun hiermit eine Stichprobe über die Wirkung der Zulage. Von unseren 1302 Kriegerrfrauen sind 972 oder 74,73 Proz. mit je zwei oder weniger Kindern. Ihnen wird daher nichts von der Feuerungszulage — bei zwei Kindern 40 Mk. den Monat — ausbezahlt. Nur die 330 Frauen oder 25,27 Proz. der Gesamtzahl der (1302) Kriegerrfrauen empfangen eine Feuerungszulage. Bei diesen 330 Frauen stellt sich der ihnen gezahlte Teil der Feuerungszulage monatlich, zunächst bei je drei Kindern und dann weiter je ein Kind mehr, folgendermaßen: 192 Frauen 9 Mk., 88 Frauen 24 Mk., 33 Frauen 40 Mk., 11 Frauen 57 Mk., 5 Frauen 75 Mk. und 1 Frau (mit acht Kindern) 94 Mk. Insgesamt 6256 Mk. monatlich oder 75 072 Mk. jährlich. Gleichmäßig auf die 1302 Frauen verteilt für jede Frau 481 Mk. den Monat. Unsere Zusammenstellung gibt aber insofern ein für die Kriegerrfrauen zu günstiges Bild, als unberücksichtigt geblieben ist, daß eine Anzahl unserer selbigen Kollegen chargiert sind, auch von denjenigen, die drei oder mehr Kinder zu Hause haben und ihnen nun deshalb eine geringere oder keine Zulage gewährt wird, weil bei der Höhe ihres Verpflegungsgeldes ein überschüssiger Betrag der Feuerungszulage nicht gegeben ist. Dieser Einfluß würde aber in unsere Uebersicht keinen im ganzen nennenswerten Unterschied bringen. Tadelnd seihe der Berichterstatter hinzu, es sei unbegreiflich, daß so viele Kriegerrfrauen die Fragebogen nicht zurückgegeben oder nicht brauchbar ausgefüllt hätten. Wäre die Statistik umfangreicher ausgefallen, würde sie entsprechend vorteilhafter für uns in unseren Verrechnungen, die Lage der Kriegerrfrauen zu verbessern, wirken. Die Frauen klagen fortwährend über ihre Not, aber als sie nun dazu helfen sollten, daß ihnen allen eine Zulage gegeben wird, taten viele von ihnen es nicht. Dann wurde die Abrechnung vom ersten Quartal 1917 vorgelegt und mit einer Mahnung die Versammlung geschlossen, jetzt wieder mehr für den Verband zu agitieren, damit die vielen jetzt neu beschäftigten Kollegen und Kolleginnen für uns gewonnen werden.

Hamburg. In unserer Mitgliederversammlung wurde über die Beitragsrückstände gesprochen. Ende des 1. Quartals 1917 waren 412 Mitglieder oder 14,98 Proz. des Mitgliederbestandes mit den Beiträgen im Verzug, zusammen um 612 Mk. Von den Frauen waren 344 oder 14,11 Proz. derselben mit den Beiträgen um 560,20 Mk. zurück. Insgesamt 1162,40 Mk. Beitragsrückstände! Das angegebene Prozentmaß der Beitragsrückstände ist aber das Durchschnittsverhältnis. In einigen Distrikten war der Rückstand prozentual groß, nämlich in Harburg 33,33, Uhlenhorst 30,05, Altona-Planense 27,11, Hammerbrook 25, Eilbek 20,52, Damm-Dorn 17,56, die sechs schlechtesten Distrikte. Die 16 anderen Distrikte hatten folgenden Rückstand: Rothenburgsort 14,41, Warmbe 14,47, Altstadt-St. Georg 12,50, Eimsbüttel und Fuhlsbüttel-Vanquensborn je 11,31, Verbandsbureau (Wilhelmsburg, Schiffbek, Vahsel Dorf) 7,69, Muhlhorn 7,47, Eppendorf-Banterhude 7,21, Ruitstadt-St. Pauli 4,91, Finkenwärder 1,18 Proz. Sämtliche Mitglieder müssen durch Agitation gegen die Beitragsrückstände an der Verminderung derselben arbeiten. Insbesondere müssen die Mitglieder in den sechs Distrikten mit den größten Schulden überholt werden. Daß die Mehrzahl der Beitragsrückständigen regelmäßiger bezahlen kann, beweist ein Vergleich mit dem Beitragsergebnis des 1. Quartals 1916. Damals betrug der Beitragsrückstand 1954,55 Mk. Beitragsrückstände gab es in Rothenburgsort 51,02, jetzt nur 14,41 Prozent; Hammerbrook 36,50, jetzt 25 Proz.; dagegen hatte Uhlenhorst 25,30, jetzt aber 30,05 Proz. Wenn Kassierer und Mitglieder es mit der Schuldenbekämpfung ernstlich nehmen und sich dabei einander unterstützen, wird dieser Mißstand weiter und zuletzt fast gänzlich verschwinden. Jeder mahne sich selbst und andere! — Die von uns angeordnete Zusammenlegung der 11 Verbandsstranzen des hamburgischen Staates wird eintreten, und zwar voraussichtlich am 1. Januar 1918. Ueber diese Angelegenheit wird, sobald sie als entsprechend weit gefördert angesehen werden kann, noch ausführlich öffentlich, auch in der „Gewerkschaft“, zu berichten sein.

Hamburg. Die Mitgliederversammlung am 24. Juli 1917 ergab nach Mitteilungen über die eingetretene Lohnerhöhung, daß diese in den Gas- und Wasserwerken erst vom 5. Juli an bezahlt wurde, in den anderen städtischen Betrieben schon vom 1. Juli an. Letzteres entspricht auch dem Beschluß der städtischen Kollegen. Ueber die Verwaltung der Gas- und Wasserwerke soll Beschwerde erhoben werden. Die Arbeiter der Straßenreinigung haben für das Jahr 1918 noch die Arbeitsjeden zu fordern; entweder sollen sie geliefert oder mit Bargeld vergütet werden. Den Magistrat wollen wir ermahnen, von den Gaswerken den städtischen Arbeitern Kohle und Kohlen abgeben zu lassen. Sommerurlaub wird auch in diesem Jahre wieder nicht bewilligt; es bleibt dafür bei der Bezahlung von 2 Mk. für jeden Urlaubstag. Schließlich wurde noch die Beitragsrückstände vieler Mitglieder gerügt. Der Bezirk Harburg hat in Hamburger Gewerkschaft der verhältnismäßig größte Anzahl Beitragsrückständiger Mitglieder, nämlich reichlich 31 Proz.

Besonders die vom 1. Juli d. J. an eingetretene Beitragsrückhöhung, ein paar Pfennige mehr wöchentlich, hat das Mitgliedertum ungerne mitgeteilt; sie selber fordern für sich viel, aber ihren Verband, der es ihnen bringen soll, wollen sie in der Kriegszeit verschaffen lassen. Jetzt ist es aber notwendiger als sonst jemals, daß die Mitglieder fest zum Verband halten und immer mehr unorganisierte heranziehen.

Landsbut. Unter der Ueberschrift: „Wie Kriegsinvalide Arbeiter behandelt werden“ bringt die „Mündener Post“ nachstehenden Fall in die Öffentlichkeit:

„Ein Kriegsinvalide, der mit seiner geringen Militärpension nicht leben kann und daher auf einen Erwerb angewiesen ist, meldete sich beim Stadtmagistrat um eine Stelle als Ausbilsbote. Bei seiner Vorstellung wurde er vom Bürgermeister gefragt, ob er vor dem Kriege organisiert war und ob er bei Uebertragung des Postens nicht billiger arbeiten wolle. Die Antwort, die der Kriegsinvalide auf die beiden Fragen gab, scheint indessen den hohen Rat nicht voll befriedigt zu haben. Nach einigen Tagen erhielt er nämlich gemäß Ratsbeschlusse den Bescheid, daß seine Verwendung als Ausbilsbote nicht genehmigt wurde, da er dem mit vielem Kaufes, Stiegensteigen und Berichterstattungen verbundenen Dienst nach Ansicht der magistratischen Kommission nicht gewachsen sei. Warum der Kriegsinvalide, der mit einem zerstückten Arm zurzeit als Deiger im städtischen Wasserwerk tätig ist, im Laufen und Stiegensteigen behindert sein soll, wird außer der Kommission wohl niemand verstehen. Der Posten als Ausbilsbote ist nun mit einem bisher als Hilfsbuchmann verwendeten 70 Jahre alten Manne besetzt. Was dieser leisten kann, das hätte der Kriegsinvalide sicher auch leisten können. Welch bittere Gefühle müssen unsere Arbeiter beschleichen, wenn sie erahnen, wie Kriegsinvaliden bei Vergebung von Stellen zurückgelehrt werden?“

Landsbut ist ja auf dem Gebiete der Sozialpolitik als äußerst rücksichtig bekannt. Die Stadtväter mit ihrer Bürgermeisterei wünschen es eben nicht, Lohnanträge der organisierten Arbeiter zu behandeln. Das müßte erst kurzlich auch die christliche Organisation erfahren. Selbst die politischen Meinungsfreunde mußten mit einer öffentlichen Volksversammlung in Landsbut drohen, bis sie nur einige Pfennige Verrückung von den Stadtvätern erzielten. Das ist bezeichnend. Den dortigen städtischen Arbeitern sei gesagt, daß an den bestehenden Zuständen sie selbst die allergrößte Schuld tragen. Solange sie sich so wenig um ihre Organisation kümmern wie in den letzten Jahren des Krieges, solange wird man ihnen auch eine derartige Behandlung zuteil werden lassen. Vielleicht kommt auch in diesen Kreisen die nötige Einsicht. Es wäre höchste Zeit.

Flauen i. S. Am 11. Juni d. J. reichte die Gewerkschaft unseres Verbandes beim hiesigen Stadtrat eine Eingabe ein, in der gefordert wurde: 1. die Stundenlöhne sämtlicher städtischen Arbeiter um 10 Pf. zu erhöhen, 2. Lohnstufen oder Lohnzettel einzuführen, 3. am Lohnzahlungstage (Freitag) nicht mehr eine halbe Stunde vom Lohne abzugehen und 4. die Grundlöhne betr. Gewährung von Ruhestandsgeldern an invalide städtische Arbeiter allen städtischen Arbeitern auszubehalten. Die Forderungen unter den Punkten 2 bis 4 sind glatt bewilligt worden, insofern hat die Eingabe also vollen Erfolg gehabt. Nicht ganz so glücklich sind wir aber mit der Forderung betr. Erhöhung der Stundenlöhne gewesen. Eine Erhöhung der Stundenlöhne ist nur für die Kollegen vom Bauamt bewilligt worden, und zwar in Höhe von 2 bis 5 Pf. pro Arbeitsstunde. Für die übrigen Kollegen ist in der Stadtvorordnetenversammlung vom 29. Juni d. J. eine Erhöhung der Sätze der Feuerungszulagen beschlossen worden. Verder sind dabei aber die Ledigen, Verwitweten oder Geschiedenen, soweit sie keinen eigenen Haushalt führen, wieder vollständig leer ausgegangen. Soweit hiernach erhöhte Feuerungszulagen bewilligt sind, betragen sie nunmehr bei Verheirateten mit 1 bis 5 Kindern in Gruppe 1 (Lohn bis 200) Mk. 27 Mk. bis 85 Mk. monatlich, in Gruppe 2 (Lohn oder Gehalt bis 400) Mk. 23 Mk. bis 77 Mk. monatlich und in Gruppe 3 (Gehalt bis 700) Mk. 19 bis 60 Mk. monatlich. Wenn auch anzuerkennen ist, daß vorstehende Sätze eine sehr wesentliche Verbesserung der Lage der Betroffenen ermöglichen, so wäre die von uns verlangte Lohnerhöhung doch besser und vor allen Dingen gerechter gewesen. Unveränderlich ist aber, daß die Arbeiter ohne eigenen Haushalt gar nicht bedacht worden sind. Diese leiden unter der herrschenden Teuerung doch ebenso sehr und in mancher Beziehung noch mehr als die mit eigenem Haushalt. Lohn oder Gehalt sind keine Gnadengehälter, sondern Bezahlung geleisteter Dienste und sie müssen so bemessen sein, daß die Arbeiter und Angehörigen in der Lage sind, sich damit zu erhalten. Daß es die Kräftefreudigkeit solcher streifmutterlich behandelten Arbeiter und Angehörigen nicht hebt, wenn sie sehen, daß sie dieselben Arbeiten viel billiger leisten müssen wie ihre Kollegen, sollte auch der Stadtrat beachten können. Und der dortige Bürgermeister trat sehr unvernünftig in der Stadtvorordnetenversammlung gläubig annehmen zu dürfen, daß besonders die Arbeiter und deren Vertreter die neue Vorlage dankbar begrüßen müßten. Im Gegenteil, der nun beschlossene Vorlage hat die Arbeiter im

allgemeinen nicht befruchtet. Sie werden daher in nächster Zeit zur Sache nochmals Stellung nehmen.

Strasbourg. (Leuerungszulage.) Die Stadtverwaltung zahlt leider auch zu denjenigen Städten, die sich auf dem Gebiete der Sozialpolitik fast ruckständig betätigen. Das Verhandeln mit einer Organisation in Arbeiterfragen kennt man nicht, ja man will nicht einmal deren Anträge beraten und behandeln. Das allein zeugt schon von kolossaler Rückständigkeit. Inzwischen hat man kein ein neues Oberhaupt in dem jetzigen rechtskundigen Bürgermeister Mailh, dem früheren Rechtsrat, erhalten. Auf diesen Mann setzen so viele Leute besondere Hoffnungen. Die Täuschung blieb nicht aus. Auch die städtischen Arbeiter blieben davon nicht verschont, sie mußten erfahren, daß der Kurs unter dem neuerlichen Stadtoberhaupt aber auch kein Jota eine Aenderung erfahren hat. Der neue Bürgermeister versprach zwar bei seinem Amtsantritt, den alten Rat abzulösen und drei Aufgaben mächtig zu fördern. Solange aber einem Arbeiter, dessen vier Söhne im Heeresdienst stehen, mit einem wöchentlichen Verdienst von 4 Mk. einschließlich der Verpflegung die Reichsunterstützung verweigert wird, kann von einer Förderung der sozialen Fürsorge und von Erfüllung dieses Punktes kaum gesprochen werden. Bis jetzt ist es auch in dem Lohn- und Arbeitsverhältnis nicht zum Ausdruck gekommen. In Strasbourg war es bisher immer ungenug gekommen, wenn die städtischen Arbeiter durch ihre Organisation Forderungen an den Magistrat stellten. Wiederholt wurden sie abgewiesen mit dem Hinweis, daß alle Bünde und Feindschanden und nur dann behandelt werden, wenn sie vom Arbeiterratsrat eingereicht worden sind. Diese Umstände veranlassen auch die städtischen Arbeiter, daß sie unterm 10. April 1917 in aller Bescheidenheit eine 50prozentige Erhöhung der jetzigen Leuerungszulage erbat. Die Sätze hätten demnach von 60 auf 90 Pf., von 70 Pf. auf 1,05 Mk. und von 80 Pf. auf 1,20 Mk. pro Tag erhöht werden müssen. Der Magistrat nahm zu dieser Sache Stellung und beschloß, für die städtischen Beamten und Arbeiter ab 1. Juni eine Zulage auf folgender Grundlage zu gewähren: 1. Für Beamte und Lehrer, soweit sie ledig sind und ein jährliches Einkommen von 2700 Mk. nicht übersteigen, monatlich 10 Mk. 2. a) Für Verheiratete ohne Kind mit einem Dienstverdienst bis zu 2700 Mk. monatlich 16 Mk. für solche mit einem Dienstverdienst von 2700 bis 5500 Mk. monatlich 13 Mk. b) Für Verheiratete mit 1 Kind mit einem Dienstverdienst bis zu 2700 Mk. monatlich 23 Mk.; für solche mit einem Dienstverdienst von 2700 bis 5500 Mk. monatlich 20 Mk.; für solche mit einem Dienstverdienst von 5500 bis 9000 Mk. monatlich 10 Mk. c) Für Verheiratete mit 2 Kindern je nach den vorangeführten jährlichen Einkommen monatlich 30, 27 und 14 Mk. Für jedes weitere Kind werden monatlich je 7 Mk. mehr bezahlt. Berücksichtigt werden ohne Ausnahme Kinder bis zum vollendeten 15. Lebensjahre. Mit Bezug auf die Leuerungszulagen der städtischen Arbeiter wurde beschlossen, es bei den jetzigen Sätzen zu belassen (siehe obige Seite) und ferner eine entsprechende Erhöhung des Grundlohnes einzutreten zu lassen. Während also für die Beamten eine Erhöhung der Leuerungszulage genehmigt wurde, bleibt es bei den Arbeitern bei den bisherigen Sätzen. Man verbricht ihnen dafür eine Erhöhung ihrer Grundlöhne und könnte damit mehr einverstanden sein, wenn sie auch gewährt würden. Eigentümlich berührt es aber, daß man die städtischen Arbeiter mittags 11 Uhr, während der Arbeitszeit, zusammenberief und ihnen den Vorschlag unterbreitete, mit 35 Pf. pro Stunde zuzurufen zu sein. Heber diese Art Unterstützung der Arbeiter kann man geteilter Meinung sein. Mit diesem Vorgehen wird der Beschluß des Magistrats, daß eine angemessene Grundlohnerhöhung eintreten soll, völlig gestraift. Meinerseits: Seit wann haben denn die Arbeiter weiter zu fordern und zu bitten, wenn die Lohnenerhöhung bereits beschlossen ist? An den städtischen Arbeitern wird es nun liegen, hier durch die Störung der Organisation und durch gemeinsames Vorgehen ihren Rechten Geltung zu verschaffen.

◆ Internationale Rundschau ◆

Schweiz. Der Verbandstag unserer schweizerischen Bruderorganisation vom 12. und 13. Mai 1917 hatte eine härtere Zensuraktion und Beitragsenerhöhung beschlossen, die aber erst durch Abstimmung im September ihre endgültige Genehmigung erhalten muß. Auf eine Einladung des internationalen Sekretariats zu einer internationalen Konferenz zum 22. bis 24. September d. J. hat der schweizerische Verband nunmehr beantragt, diese Konferenz nach Bern zum 29. und 30. September d. J. einzuberufen und folgenden Antrag zu unterbreiten: „Das internationale Sekretariat der Arbeiter öffentlicher Betriebe ist nach einem neutralen Lande zu verlegen. Die Stellung bzw. Bestimmung des internationalen Sekretariats ist Sache der betreffenden Landesorganisationen.“

◆ Rundschau ◆

Dem wirksamsten Mittel — wird zunächst abzusehen sein. Das ist die neueste Reibheit der vereinigten Herren Minister für Landwirtschaft, Handel und des Innern, nachzulesen im Ministerialblatt der Handels- und Gewerbeabteilung Nr. 15. Dort wird zum Ausdruck gebracht, was die höchsten Verwaltungsstellen glücklich erkannt haben: Die Sonnerpreispreise haben nicht genügt, von einer spekulativen Ausbeutung der Ware abzuhalten. Kranke und Kinder, welchen der König seines gesundheitlichen Wertes wegen in erster Linie zugute kommen sollte, waren bei der enorm gestiegenen Nachfrage vielfach nicht in der Lage, sich überhaupt noch König zu beschaffen. Das wirksamste Mittel gegen diese Mißstände würde in der öffentlichen Vermarktung liegen, aber — von ihr wird zunächst abzusehen sein. Denn einerseits ist die zur Verfügung stehende Menge gering und andererseits, möchte der Kriegsausgleich für Konsumenteninteressen hinzugehen, haben sich die Wohlhabenden vielleicht noch nicht alle eingeebnet. Deshalb wird das Kriegsernährungsamt durch Festsetzung von Höchstpreisen (die ja inzwischen erfolgt ist) einweisen die Mißstände zu beseitigen wollen. Der Kriegsausgleich hat schon vor Monaten angesetzt, die gesamte Sonnergernte mit Hilfe der Ärzte und Apotheker öffentlich zu vermarkten, wie das ja auch teilweise mit der Milch geschieht — aber wer trägt heute noch nach der Ansicht der Verbraucher, die nicht einfach das Schieber- und Hansfertreiben mitmachen wollen?

Gegen die Getreibeentwertung. Der Kriegsausgleich für Konsumenteninteressen schreibt uns: Ein Berliner Gelehrter, Professor Radhaus, hat eine neue Methode gefunden, um das Getreide zu entwerten und aus diesen Keimen Getreide zu gewinnen. Auch die Gerste für den Brauereibetrieb wird seit alters entwertet, und daß das Getreide, insbesondere unser Prosforn, Fettübungen enthält, beweist schon die Fähigkeit des guten Proses, daß man es rösten kann. Die Züchtstoffe, die sich beim Roden und Rosten entwickeln, stammen aus diesen Zellkörpern des Getreides. Die Züchtstoffe, die auf einen Wagon Korn einen Zentner Getreide ausmachen sollen, will man nun künftig in weitem Maße dem Prosforn entziehen, um — Kargarine daraus zu machen — „damit man etwas hat aus Brot zu streichen“, um Gemüse schmälzen und die Kartoffeln braten zu können. Unsere Feldgrauen und Weizen draußen sind froh, wenn sie Gemüse haben, das sie in Salzwasser abkochen können, sind froh, wenn sie Pellkartoffeln haben, sind froh, wenn sie ein ordentlich großes Stück Kommissbrot haben. Und jetzt soll dem Gesamtvolk sein wichtigstes Hauptnahrungsmittel, das Brot — entzückt, d. h. geichmad, und kraftlos gemacht werden, damit — denn darauf wird die Sache in Wirklichkeit hinauslaufen — einige Tausende etwas haben „aus Brot zu streichen“, ihr Gemüse zu schmälzen und Praxkartoffeln zu essen“ und ferner, und das ist der zweite treibende Punkt, damit ein paar Großindustrielle aus dieser neuen Verunreinigung unserer Nahrungsmittel neue Riesengewinne in dieser für unser Volk an sich schon schweren Zeit einstreichen. Dieser neue Abgriff unserer Ernährungspolitik reicht sich würdig dem Jubeln unserer Behörden an gegenüber der Vergewaldung von Äcker zu Kunstböden, von Gerste zu Bier, der Wiesenscheiden zu eisernen Konerven und der Rüben zu widerlichem Zuckerkraut. Diejenigen Stellen aber möchten wir dringend ans Herz legen, am Schluß des 3. Kriegsjahres das tägliche Brot des Volkes mehr zu respektieren, als sie es bisher seit Kriegsbeginn getan haben. Gälten sie es getan, so hätten wir jetzt eine Prosfornreserve von rund 60 Millionen Zentnern an Gerste, Roggen, Weizen, die während des Krieges zu Bier- und Trimbrennwein vergoren und verbrannt sind, ein Quantum, das jetzt nicht nur für unsere Volksernährung, besonders angesichts der drohenden Welt Hungersnot, von allergrößter Bedeutung sein würde, sondern gleichzeitig ein politischer und militärischer Faktor, vielleicht von ausschlaggebender Bedeutung für die Verbeisführung und Gestaltung des von allen Völkern gleichmäßig herbeigesehnten Friedens.

Was denkt sich der Berliner Magistrat eigentlich? Erst verteilt er in aller Stille Gemüselieferanten an Gastwirtschaften und, wie der Gewährungsmann des Kriegsausgleiches für Konsumenteninteressen bestimmen wissen will, an bevorzugte Private. Dann entschuldigt er sich damit, daß die Verteilung sich nur auf Schwarzgeschloffen erstreckt habe, deren längere Haltbarkeit bezweifelt werden müsse. Hierauf stellt sich heraus, daß durchaus nicht nur Schwarzgeschloffen verteilt bzw. freigegeben wurden, und schließlich sucht man die ganze lästige gewordene Geschichte dadurch aus der Welt zu schaffen, daß man auch die Masse der Bevölkerung zur Verteilung zuläßt. Es ist aber ein hartes Stück, wenn der Magistrat in der betreffenden Verlautbarung bebauernd erklärt, daß leider nur eine Milliose auf jede Person entfallt. Dann sucht er den irtigen Ansehen zu erwecken, als ob ihm nicht mehr zur Verfügung gestanden habe, während tatsächlich doch keine eigenartige Vorverteilung die vorhandenen Mengen gleichmäßig hat.

Gemischte Gesellschaft. Wer da glauben sollte, die Kriegsernährer setzten sich nur aus Leuten zusammen, die schon in Friedenszeiten in der einen oder anderen Richtung nicht ganz sauber waren, der dürfte in einem schweren Irrtum befangen sein. Die

